

Eine kurze Geschichte der grünen Gerechtigkeitsidee

Welche Stationen? Welche Wendepunkte?

Wie eine Idee der Gerechtigkeit ins Zentrum grüner Programmatik rückte und was daraus für eine sozialpolitische Strategie folgt.

Von Ole Meinefeld

Die grüne Erzählung von Gerechtigkeit beginnt mit einer Idee des Sozialen. Wer nach den Anfängen der Gerechtigkeitsidee bei Bündnis 90/Die Grünen sucht, muss zunächst beim Sozialen ansetzen, nicht zuletzt, weil ein Begriff von Gerechtigkeit als solcher in den frühen Texten nicht im Zentrum steht. Vielmehr beginnt die grüne Erzählung mit der Selbstbeschreibung „sozial“, die neben „ökologisch“, „basisdemokratisch“ und „gewaltfrei“ den grünen Wertekompass ausmachte. Mit Erzählung ist hier zunächst einmal schlicht eine Abfolge von Ereignissen und Selbstbeschreibungen gemeint, in denen sich die Partei selbst in ihrer gesellschaftlichen Rolle definiert hat. Die Idee der Gerechtigkeit rückt dabei, wie gesagt, erst relativ spät ins Zentrum der Aufmerksamkeit, nämlich 2002 bei dem Versuch, mit einem neuen Grundsatzprogramm verschiedene Werte narrativ miteinander zu verweben. Die Erzählung des Weges bis dorthin und darüber hinaus in die Gegenwart bleibt natürlich wie jede Erzählung nicht frei von Widersprüchen, Spannungen und Brüchen. Genauso umfasst sie jedoch Kontinuitäten und identitäre Selbstbehauptungen einer noch immer relativ jungen Partei.

Der Grundwert „sozial“ hat keine scharfen Konturen, durch die der später sehr hohe Stellenwert von „gerecht“ oder „Gerechtigkeit“ auf den ersten Blick schon zu erkennen wäre. Ein erstes Ergebnis einer historischen Betrachtung von grüner Sozialpolitik lautet deshalb vorweggenommen, dass sich die Verwendung von „sozial“ oder „gerecht“ erheblich verändert hat. Dabei kann aus der ersten Hälfte der grünen Geschichte bis etwa 1998 genauso etwas gelernt werden, wie aus der zweiten Hälfte seit 1998. Aus gutem Grund wird aber der zweite Teil der Parteigeschichte bei diesem Thema nicht nur wegen seiner Aktualität ausführlicher zu behandeln sein, sondern schon alleine deshalb, weil diese Erzählung natürlich als Retrospektive startet.

Eine in die Zukunft offene Erzählung wird zudem andeuten, wie eine Geschichte der grünen Gerechtigkeit weitergeschrieben werden könnte, d.h. vor allem wie ein grünes „Wir“ an dieser Geschichte weiterschreiben könnte. Die Grünen könnten, so ein zweites vorweggenommenes Ergebnis der Analyse, aus inhaltlichen und aus strategischen Gründen mehr Alternativität in der Sozialpolitik wagen und sich klarer von den (anderen) linken Parteien unterscheiden. Im Folgenden wird in mehreren Schritten deutlich werden, wie die Grünen versuchen könnten, *ihre* Geschichte in der Sozialpolitik neu zu erzählen. Eine solche politische Erzählung muss jedoch eine ihrer größten Herausforderungen im Blick behalten: Die „sozial Schlechtestgestellten“, denen grüne Solidarität am meisten gelten sollte, sind wenig geneigt diese Partei zu wählen und waren bisher auch weniger die Adressaten grüner Erzählungen. Das sind vielmehr diejenigen, die sich eine derartige Solidarität durch Steuern, Abgaben und zum Teil auch Engagement auch leisten können. Daraus ergeben sich immer dann Spannungen, wenn Wählerinnen und Wähler in der einen oder anderen Richtung Politik für zu wenig ausbalanciert halten. Die Balance zu halten zwischen denen, *für die* eigentlich Politik gemacht wird und denen, *die* diese Politik gewählt haben, ist eine beständige Herausforderung. Gerade weil die Grünen den Anspruch haben, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und Formen von Ungerechtigkeit zu thematisieren, lässt sich das nicht einfach beantworten. Die Grünen können dafür vor allem auf Kompetenzen aufbauen, die ihnen von den Wählerinnen und Wählern in Bereichen zugetraut werden, die von „roten“ und „tiefroten“ Erzählungen der „sozialen Gerechtigkeit“ nicht abgedeckt werden. Das umfasst etwa zeitpolitische Anliegen genauso wie die öko-soziale Frage, das

grüne Engagement für den Anteil an Rechten für marginalisierte Gruppen, wie auch der konsequente Anspruch, Partizipation zu ermöglichen, und nicht zuletzt der zentrale Anspruch, die Dinge nachhaltig zu gestalten.

I. Die Heterogenität der frühen Jahre

Grundsätzlich mag es dabei im grünen Wertepluralismus eine Idee von Gerechtigkeit immer schon gegeben haben. Die Gründungsphase der Partei findet jedoch in der politischen Landschaft der Bundesrepublik statt, in der diese Idee bereits diskursiv besetzt ist. „Soziale Gerechtigkeit“ war oder ist vielleicht noch immer *die* Erzählung einer Sozialdemokratie. Die Erfolge der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bis in die 80er Jahre sind unbestritten ein Teil dieser Erzählung. Der gesamte politische Diskurs der Bundesrepublik ist in erheblichem Maße davon geprägt, wie Anteile am gesellschaftlichen Wohlstand zu erwerben und zu verteilen sind. Vermutlich wäre es schwierig gewesen, die grünen, bunten und alternativen Listen vor allem als eine (weitere) Partei der Gerechtigkeit zu eben der politischen Alternative auszubauen, die sie wurden. Denn alternative Themen auf die politische Agenda zu setzen, ist sicherlich eine der wichtigsten Leistungen dieser frühen Jahre. Ähnliches dürfte für die ostdeutschen Umwelt- und Bürgerrechtsbewegungen mit ihren Themen der 80er Jahre gelten, deren Themen einen wichtigen Kontrapunkt zur Erzählung der sozialistischen Einheit darstellten – unabhängig davon, ob sie sich selbst als sozialistisch verstanden.

Mit Blick auf die 80er Jahre kann eine gewisse Vagheit grüner Programmatik insbesondere in Bezug auf die Idee des Sozialen als Folge des sozialpolitischen Diskurses der Bundesrepublik verstanden werden. Weitere Gründe mögen in den unterschiedlichen Strömungen der Partei liegen. Dennoch bestand kein Bestreben diese Vielfalt zu homogenisieren, etwa um eine Erzählung der „sozialen Gerechtigkeit“ herum. Vielmehr gelang es im Verlauf der Parteigeschichte immer besser diese Heterogenität fruchtbar zu machen und aus der Vielfalt der Grundwerte ein Narrativ für einen erweiterten Begriff von Gerechtigkeit zusammenzusetzen.

Vom ökologischen Gedanken der Nachhaltigkeit ausgehend, hatten die Grünen seit den 80ern den Versuch unternommen, Politik neu zu bestimmen. Auch wenn es rückblickend nahe liegend wäre, den Leitsatz „*Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt*“ als Topos der Gerechtigkeit zu reformulieren, lag dies anscheinend zunächst nicht nahe. Zudem war das ökologische Profil der frühen Phase etwas, das bei den Wählerinnen und Wählern neben anderen Themen verfiel.

Im Vordergrund stand ein *Anderssein* als die anderen, insbesondere anders als die etablierten Parteien. Es war schließlich gar nicht in erster Linie das grüne Anliegen in den Streit um Wohlstandsverteilung einzugreifen. Die Vorstellung einer linken Abspaltung aus dem sozialdemokratischen Projekt führt in die Irre. Das Anderssein, auch symbolisch in der Mitte des Bonner Parlaments, hätte auf dem eng besetzten Feld der Wohlstandsverteilung zwischen den Erzählungen der „sozialen Marktwirtschaft“ in der Union und der „sozialen Gerechtigkeit“ in SPD nur bedingt Platz für eine weitere Erzählung von dieser Art gelassen. Die Grünen traten schließlich an, um eine Alternative zur Politik der „Altparteien“ zu entwickeln.

Auch aus diesen Gründen waren die negativen Dynamiken eines Wirtschaftssystems, das solchen Wohlstand generiert hatte, nicht unwichtig für die Bestimmung von „sozial“ bei den frühen Grünen. Das erste Programm von 1980 spielte durchaus mit einer Übertragung des „Raubbaus an der Natur“ auf den „Raubbau am Menschen“.ⁱ Doch die Widersprüchlichkeit dieser Formen des Zusammenlebens, für die Grünen ein Sensorium entwickelt hatten, führten nicht unbedingt zu einer ideologischen Verfestigung, nicht zu einer einzigen großen Antwort, etwa in der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems das Heil zu suchen. Auch wenn bereits ein kreatives Potenzial, etwa in den K-Gruppen und in anderen traditionellen (linken) Antworten, auf die soziale Frage bestand, hatte sich

die Systemfrage damit noch keineswegs erledigt. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass ein 1980 im Saarbrücker Programm geplantes Wirtschafts- und Sozialkapitel vertagt wurde – schließlich um ganze 22 Jahre! Wenn die Grünen also mit dem Grundwert „sozial“ auch klassisch linke Motive aufnahmen, war dies zuallererst wohl eine wichtige Abgrenzung. Denn in den ersten Jahren der Parteigeschichte war „sozial“ auch ein wichtiger Gegenbegriff zu einem bisweilen rechtsdrehenden Öko-Fundamentalismus, dem gegenüber die Grünen wie diffus auch immer als „links“ entgegen zu treten hatten.

Im Verlauf der 80er konkretisierten sich dann sozialpolitische Konzepte, wie z.B. eine „grüne Grundsicherung“, die in Richtung des bis heute diskutierten Grundeinkommens gingen.ⁱⁱ Die spezifisch grüne Originalität lag womöglich trotzdem in etwas anderem. Die Grünen brachten ein in den 80er Jahren vorhandenes Unbehagen an bestimmten Aspekten moderner Lebensformen zum Ausdruck: Partei und Bewegung empfanden, dass die Selbstbestimmung in einer bestimmten Hinsicht bedroht war. Der Philosoph Axel Honneth hat diese Diagnose rückblickend als Leistung der Grünen gewürdigt, wenn er von dem grünen Anliegen spricht, „die Integrität unserer Lebensverhältnisse zu bewahren“.ⁱⁱⁱ In der Tat war eine Warnung vor einem „Raubbau an der Natur“ eine ebenso wichtige Intuition wie die Warnung vor einem „Raubbau am Menschen“, von dem das Saarbrücker Programm sprach. Wo immer die Selbstbestimmung von Menschen einer Funktion im „System“ untergeordnet wird, war grüner Widerspruch zu erwarten. Deutlich ist die Dynamik des ökologischen Ungleichgewichts, dass auf die Arbeitswelt übertragen wird. Ein so kraftvolles Narrativ sollte eine Inspiration für das Agenda-Setting in Bezug auf Zeitpolitik sein. Wenn die alternativen Bewegungen der 80er Jahre vielleicht noch gegen Spießigkeit und 8 Stunden Jobs rebellieren konnten, müsste eine solche Analyse heute vielmehr von einer Internalisierung der Sachzwänge ausgehen. Eine Lebens- und Arbeitswelt der Ausdifferenzierung und Flexibilisierung hat, bei allen Vorzügen, bestimmte zeit-ökonomische und lokale Einschränkungen eines selbstbestimmten Lebens zur Folge. Argumentationen verlaufen sehr stark über die individuellen Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (z.B. 35-Stunden-Woche), aber wenig über Institutionen (ein ausgefeiltes Wirtschafts- und Sozialstaatskapitel fehlte schließlich auch im Parteiprogramm). Zum Repertoire im Wahlaufwurf von 1983 gehört ein Plädoyer für „Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau“^{iv} oder für ein „einheitliches, solidarisches Versicherungssystem“ 1987 im Wahlprogramm.^v Von den Institutionen, die dies gewährleisten sollen, ist hier kaum die Rede, sondern in erster Linie von individuellen Rechten und Haushaltseinkommen. Es wurde zwar von Anfang an zugunsten „sozial benachteiligter Bevölkerungsteile“ Partei ergriffen,^{vi} aber das Saarbrücker Programm umgeht noch die sozialpolitischen Festlegungen.

Insgesamt bleibt „sozial“ als Wert zwar eher diffus bestimmt. Doch schon der Pluralismus unterschiedlicher Werte alleine führte grüne Politik über den marxistischen Horizont hinaus. Die soziale Frage dominierte eben nicht, was unter Demokratie, Ökologie oder friedlichem Zusammenleben zu verstehen sei.

Die Lektion dieser frühen Phase grüner Geschichte könnte in einem Aspekt liegen, der nicht allein, aber doch ganz besonders die soziale Frage betrifft. Es gibt bis heute eine grüne Intuition, die in der historischen Erfahrung verwurzelt ist, in einer Gesellschaft anders zu sein, teils sogar Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Gemeint ist das Gefühl in der Gesellschaft „Draußen“ zu sein. Diese Erfahrung bleibt zu einem gewissen Grad lebendig, auch wenn das gesellschaftliche Außenseitertum des alternativen Milieus häufig im sozio-ökonomischen Erfolg mündete.^{vii} So steht doch ein Lebensgefühl im Vordergrund, das durch die Anfeindungen aus traditionellen Milieus sicherlich nicht verkleinert wurde. Das zog eine besondere Sensibilität für die Situation von Menschen nach sich, die etwa aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Herkunft gesellschaftlich an den Rand gedrängt wurden. Gerade dieser Teil grüner Geschichte könnte ein Ausgangspunkt sein, um heute eine

solidarische Brücke zu denen zu schlagen, die als „anders“ gelten oder „anders“ leben wollen oder überhaupt zu allen, die aus welchen Gründen auch immer draußen sind.

Insgesamt haben in dieser frühen Phase der grünen Sozialpolitik also Ideen von Subsidiarität sowie anti-etatistische Haltungen eine wichtige Rolle gespielt. Der Anspruch der Grünen war es deshalb, sich nicht auf den ausgetretenen Pfaden des Sozialstaatsdiskurses der Bundesrepublik zu bewegen. Unter diesen Voraussetzungen lag es nahe, die Autonomie von Individuen durch individuelle Transfers zu stärken. Doch damit ist, ohne das Verhältnis zum Staat zu reflektieren, eine eher traditionell linke Lösung staatlicher Transferpolitik stillschweigend vorausgesetzt.

Ein anderer Weg, den die Partei als Lernprozess auch tatsächlich beschritten hat, war die staatlichen Institutionen auch im sozialen Bereich nicht nur pragmatisch anzuerkennen, sondern zusammen mit der Zivilgesellschaft als öffentlichen Raum zu begreifen, der entscheidende Bedeutung für die Selbstbestimmung von Menschen hat.

II. Die Reformwerkstatt der 90er

Für die 90er gilt bei den Grünen, dass gewisse programmatische Lücken offenbar werden, weil die Partei in zunehmendem Maße beginnt, sich um Regierungsaufträge zu bewerben. Sobald sich jedoch eine Perspektive des Regierens ergibt, entsteht zugleich ein verstärkter Bedarf, die Programmatik der Partei an bestimmte Werte und Grundsätze zurückzubinden. Das mündete in einen Prozess der Reformulierung grüner Programmatik auf verschiedenen sozialpolitischen Feldern.

In einer ersten Phase, im Grunde bis in die frühen 90er, war noch ein Anti-Parteien-Gestus ausreichend, um erfolgreich zu sein. Der hegemoniale Diskurs über Wohlstand und die Verteilung des Wohlstands war primär eine Sache der Altparteien. Der Erfolg der Grünen beruhte auf anderem als auf einer dritten oder vierten Variante desselben. Es war eine Leistung, über den ökologischen Gedanken der Nachhaltigkeit die Hegemonie der Wohlstandsdebatte unter schwarzen, gelben und roten Vorzeichen zu brechen. Doch diese Rolle als Alternative genügte nicht mehr, um im Parteiensystem zu bestehen. Wie bereits erwähnt, wuchs mit der Übernahme von Regierungsverantwortung in den Ländern der Rechtfertigungsdruck, Konzepte in bisher ausgesparten Politikfeldern vorzulegen.

Auf eine umfassende Idee von Gerechtigkeit bewegt sich die grüne Erzählung aber auch in der „Reformwerkstatt“ der 90er keineswegs linear zu. Zunächst war eine für den Findungsprozess der Partei nicht unwichtige politische Niederlage aufzuarbeiten. Eine schmerzhafteste Lektion war 1990 die ganz konkrete Erfahrung, dass die Strategie, sich den hegemonialen Diskursen zu verweigern, nicht mehr in demselben Maße erfolgreich sein konnte, wie es das Motiv der Anti-Parteien-Partei der 80er war. Zweifellos unter den besonderen Umständen der deutschen Wiedervereinigung war die Kampagne „*Alle reden über Deutschland, wir reden vom Wetter*“ gescheitert und die Westgrünen flogen aus dem Bundestag. Den ökonomischen und sozialen Herausforderungen von Wiedervereinigung, Massenarbeitslosigkeit, Rente etc. konnte nicht ohne eine sozialpolitische Reformagenda begegnet werden.

In jenem Wahljahr 1990 ist im grünen Programm von Gerechtigkeit noch kaum die Rede. Das hat sicherlich nicht den Grund, dass die Grünen und ihre Wählerinnen und Wähler von dieser Idee nicht bewegt wurden. Aber der Bezug zur „sozialen Gerechtigkeit“ bildet sich bis dahin eher im Stil von Überschriften ab, wie auch für die Wahlplattform etwa durch „Wirtschaftsentwicklung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit“.^{viii} „Soziale Gerechtigkeit“ wurde immerhin zu einem inhaltlich aber wenig bestimmten Grundwert im programmatischen „Grundkonsens“ von Bündnis 90 und Die Grünen im Jahr 1993. Die Konkretisierung einer grünen Idee des Sozialen fand dann in einem umfassenden Sinn in der Reformwerkstatt der 90er Jahre statt. Dieses reformerische Selbstverständnis entstand aus den

Regierungsbeteiligungen und ebnete auch den Weg zu einer allmählichen Aufstiege der Idee von Gerechtigkeit. Im Wahlprogramm von 1994 findet sich ein Satz, der den Reformanspruch grüner Politik auf den Punkt bringt: „Der ökologische Umbau einer hoch entwickelten Industriegesellschaft ist zusammen mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit die Leitidee unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns.“^{ix} Wohlgermerkt wird hier neben dem ökologischen Denken „soziale Gerechtigkeit“ als politische Leitidee bezeichnet, und das obwohl die SPD mit „Innovation und Gerechtigkeit“ diesen Begriff mit Erfolg besetzt hatte.

In der Sozialpolitik blieb es denn zunächst bei einer eher traditionell linken Orientierung an Einkommen und Vermögen von privaten Haushalten; Umverteilung ist hier das dominierende Thema. Konzepte für Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern fielen jedoch im Programm erheblich detaillierter aus als zuvor. Gleiches gilt für eine konkretisierte Vorstellung der grünen Grundsicherung als Vorschlag zur Reform der Sozialversicherungen. Die Umverteilung von Arbeit blieb zudem ein Thema der „Verteilungsgerechtigkeit“. Öffentliche Infrastruktur im weiten Sinne ist abgesehen von der Förderung des sozialen Wohnungsbaus anstelle des Wohneigentums noch keine Frage der Gerechtigkeit.

Eine wichtige Rolle spielte dabei wie schon in der Gründungszeit der Partei stets eine umfassende Solidarität. Das gilt insbesondere in der internationalen Politik. Gerade in diesem Bereich dürfte Gerechtigkeit als Motiv der politisch Aktiven ebenso wichtig gewesen sein. In der grünen Erzählung schlägt sich das aber eher über Solidarität nieder. Ein Politikverständnis, das über einen Gerechtigkeitsbegriff die einzelnen Felder aufschließt, ist in dieser Form jedoch noch nicht erkennbar, auch wenn die ungerechten Verhältnisse in der Weltwirtschaft stets klar benannt wurden.

Im weiteren Verlauf der 90er hatten sich die innerparteilichen Blockaden für eine grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Stück weit aufgelöst, insofern bestimmte Strömungen an Einfluss einbüßten, die vor allem an der Systemfrage und weniger an einer Reformfrage interessiert waren. Es entstand in der Folge stärker eine Reformpolitik-Agenda für die Bundesrepublik, die schließlich zu einer Schärfung des grünen Profils in der Sozial- und Wirtschaftspolitik führte. Es ist nachvollziehbar, weshalb damit die Perspektive einer Finanzierung von Vorschlägen in den Vordergrund rückte. Das Programm von 1998 will z.B. „Staatsausgaben gerecht, solide und transparent finanzieren“ und orientiert sich dabei auch schon an einer Generationengerechtigkeit. Zunächst wurden Größen wie „Berechenbarkeit und Solidität“ verständlicherweise zu Maßstäben erhoben. Dabei gerieten auch die unterfinanzierten kommunalen Aufgaben in den Blick, die Infrastruktur im ÖPNV, im sozialen Wohnungsbau und die „soziale Infrastruktur“, für die es „Beratungsstellen, Jugendzentren, Freizeit- und Betreuungsangebote“ zu stärken galt. Damit ist eine Akzentverschiebung verbunden. Durchaus schon auf Linie der jüngeren Wahlprogramme seit 2005 gehen die Grünen bereits 1998 von einem hohen Stellenwert der gesellschaftlichen Teilhabe aus, wenn sie fordern, dass zu einer sozialen Grundsicherung „die notwendigen Kosten der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie Spielräume eigenständigen Wirtschaftens gehören“. Ein solches Reformprogramm veranschlagte 100 Mrd. DM staatlicher Mehreinnahmen durch Steuerreformen und Subventionsabbau.^x

Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung im Bund 1998 wurde jedoch der Schwierigkeitsgrad merklich erhöht, auf dem das eigene Programm mit dem politisch Machbaren abgeglichen werden musste. Allerdings hatten die Grünen unabhängig vom politischen Alltagsgeschäft schon 1996 einen Prozess für ein neues Grundsatzprogramm angestoßen. Die Reformpolitik der ersten rot-grün regierten Legislaturperiode im Bund fing sofort mit schwierigen Entscheidungen und Kompromissen an, durch die die Partei auf die Probe gestellt wurde. Dies steigerte zweifellos das

Bedürfnis nach einer Selbstverständigung über die eigenen Grundwerte. Die Vorstellungen umfassender und gerechter Reformen realisierten sich je nach Perspektive der Betrachtung in unterschiedlichem Maße und dementsprechend wurde das *Projekt* Rot-Grün verschieden eingeschätzt: Als Erfolge verzeichnete die Partei – noch vor allen Kontroversen um die Agenda 2010 – zahlreiche Reformen, die im sozialen Bereich angestoßen wurden, zu denen z.B. die Senkung des Eingangssteuersatzes und die Erhöhung des Kindergeldes zählten, oder auch, in einem erweiterten Sinne ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht. Das Verständnis als Reform-Motor fügte sich als Einlösung grüner Gerechtigkeitsansprüche in die eigene Erzählung ein.

Gemessen an den weitreichenden Ansprüchen jedoch, denen der Koalitionsvertrag von 1998 nicht entsprechen konnte, wurden scharfe Kontroversen um die Linie der Grünen stärker in der Friedens-, Atom- und Bürgerrechtspolitik ausgetragen als auf dem Feld der Sozialpolitik. Parallel zu diesen Debatten lief ein mehrjähriger Prozess bis zum Beschluss des Berliner Grundsatzprogramms von 2002. Für dieses Programm, das einen Meilenstein der Gerechtigkeitsidee bei den Grünen darstellt, ist es nicht unwichtig zu betonen, dass die Bewegung von einer Gruppe jüngerer Mitglieder kam, die sich *basis 2.1* nannte. Die Programmkommission wurde nicht von der Parteispitze zur Krisenbewältigung gesteuert.^{xi} Es ist durchaus eine beachtliche Leistung, dass die Grünen im Regieren eine solche Reformulierung von grundlegenden Werten hinbekommen haben. Auf der anderen Seite handelte es sich um eine strategische Aufgabe im Parteienwettbewerb, sich in Zeiten schwieriger Kompromisse der Selbstbeschreibung nach innen als Programmpartei zu vergewissern, sowie nach außen das „Ringen“ um Positionen auch in ein neues Parteiprogramm zu gießen.

III. Das Grundsatzprogramm von 2002: Der erweiterte Gerechtigkeitsbegriff

Mit dem Berliner Programm wird eine neue Grundlage für die Formulierung grüner Politik geschaffen. Das emotionale Zentrum der Partei wird in einer neuen Form dargestellt und die verschiedenen Ausgangspunkte werden als Verteilungs-, Teilhabe-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, sowie als globale Gerechtigkeit gefasst. Gerechtigkeit wird mit diesem Programm zum Schlüsselbegriff für grüne Politik. Ein Stück weit kommen die Grünen durch die Thematisierung von Gerechtigkeit auch stärker im politischen Diskurs der Bundesrepublik an. Zugleich gelingt es, die politische Alternative der 80er und 90er Jahre in diesen Diskurs mit einem „erweiterten Gerechtigkeitsbegriff“ einzuschreiben, der die Formulierung der „sozialen Gerechtigkeit“ weitgehend ablöst. „Gerechtigkeit geht weiter“, heißt es, insofern sie über materialistische Lebensentwürfe und über traditionelle Konstellationen von Milieus der alten Bundesrepublik hinausführt.^{xii}

Es bietet sich an, an dieser Stelle den Wandel der Grünen im Spiegel einer philosophischen Entwicklung zu betrachten, die aufschlussreich sein kann. Denn dieser erweiterte Begriff der Gerechtigkeit befindet sich auf der Höhe seiner Zeit, was die Begründung anbetrifft. Hier ist als Meilenstein eine Rede von Axel Honneth auf einer BDK 2001 in Stuttgart zu nennen,^{xiii} die den Grünen eine Deutung ihrer Idee des Sozialen als „erweiterte Gerechtigkeit“, der er im Wechselspiel mit den Überlegungen der Gruppe *basis 2.1* entwickelte. Honneth verwies seinerzeit mit dem Habermasschen Schlagwort der „Neuen Unübersichtlichkeit“ auf eine veränderte Gesellschaft. Gemeint war eine gesellschaftliche Konstellation, die die Grünen in einer besonders produktiven Weise aufgenommen haben. Habermas hatte die Auflösung der traditionellen Milieus beschrieben; die Gegensätze der so genannten „Arbeitsgesellschaft“ hatten ihre Griffbarkeit verloren und eine neue soziale Frage kündigte sich an. Die Grünen gründeten sich sozusagen anlässlich der unübersichtlichen Verhältnisse, die von keiner Ideologie, Religion oder Weltanschauung zu bewältigen waren. Dass etwa geschlechterpolitische Fragen oder Fragen der Herkunft in der klassischen Linken kaum als Fragen der

Gerechtigkeit gestellt wurden, weil, wie Honneth sagt, „das Normalvorbild des weißen, männlichen Haushaltsvorstands“ zumindest implizit dominierte, bot den Raum für etwas Neues.

Möglicherweise bedeutet aber Honneths Beschreibung einer „Identitätskrise“ der Grünen, sofern sich diese nicht nur auf den Konflikt zwischen Fundamentalopposition und Regierungspartei bezieht, immer noch ein Missverständnis, das letztlich aus der Sicht einer verloren gegangenen ‚alten Übersichtlichkeit‘ den grünen Bedarf zur Selbsterneuerung ableitete. Schließlich lag gerade in der Pluralität von Grundwerten der Charme des grünen Projekts und der Stoff für eine Neubestimmung.

Nachdem sich allerdings das erste Programm von 1980 in einer wenig reflektierten Weise auch aus Quellen der Ökologietradition gespeist hatte, erfuhr Gerechtigkeit, die diese verschiedenen Grundwerte in ein Verhältnis setzt, einen enormen Stellenwert für eine zeitgemäße Selbstbeschreibung der Partei. Die Konjunktur einer solchen Idee von Gerechtigkeit ging auch mit einer internationalen Belebung der praktischen Philosophie einher. John Rawls und seine Rezeption in Deutschland nahmen hier Einfluss,^{xiv} auch und gerade auf eine Sozialpolitik, die einem erweiterten Gerechtigkeitsbegriff den Vorzug gab. An diesen lehnt sich auch Honneths Übersetzungsvorschlag für die grüne Programmatik an: „Gerecht ist demnach das, was es dem einzelnen Mitglied unserer Gesellschaft in Kooperation mit anderen erlaubt, seine Lebensziele in größtmöglicher Autonomie zu verwirklichen.“ Das kommt auch in seinem Plädoyer zum Ausdruck, gerade in der Sozialpolitik den moralischen Maßstab darin zu suchen, wie sich Politik für die „sozial Schlechtestgestellten“ auswirkt.^{xv} Das sind Überlegungen, die einen Widerhall im grünen Programm finden. Honneths Bestimmung von Gerechtigkeit kommt der grünen Idee zwar nahe, aber er verfehlt sie auch in gewisser Hinsicht. Denn was der Maßstab der Gerechtigkeit bedeutet, bleibt letztlich offen. Die Partei blieb bei dieser Heterogenität. Es lohnt sich an dieser Stelle eine eingehende Betrachtung der Passage zur Gerechtigkeit im Programm von 2002. Dabei wurden jedoch zahlreiche Motive aus der Heterogenität der frühen Jahre aufgenommen, die über traditionelle Begriffe von Gerechtigkeit hinausgehen.

Die Grünen haben, was vielleicht die größte Leistung ist, die Axel Honneth richtigerweise hervorhebt, über die Idee der Nachhaltigkeit „das herkömmliche Gerechtigkeitskonzept in den letzten Jahrzehnten radikal verzeitlicht“.^{xvi} In der Tat konnten mit diesem Verständnis eine nachhaltige Haushaltspolitik genauso wie der Klimaschutz als Fragen der Gerechtigkeit erörtert werden.

Eine zweite wichtige Verschiebung liegt darin, dass die Frage der „Verteilungsgerechtigkeit“ unter diesen Voraussetzungen primär zu einer Frage der Teilhabe an einem selbstbestimmten Leben wird. Denn „erweiterte Gerechtigkeit“ verbindet die Teilhabe an Rechten, die gerechte Verteilung von Aufgaben und Macht zwischen den Geschlechtern, sowie zwischen den Generationen. Das sind offensichtlich Bereiche, die über die materielle Verteilung von Gütern hinausgehen. Die Idee der Teilhabe erwies sich dabei als mobil in der grünen Programmatik: Hervorzuheben sind demokratische Teilhabe an Bürgerrechten, Teilhabe an Bildungsgütern, aber auch die Zugänge zu basalen öffentlichen Gütern wie Wasser, Nahrung, sauberer Luft u.a., die Menschen vor allem global gesehen vorenthalten werden.

Der Bezug auf solche öffentlichen Güter ließ sich zudem als Argument aufnehmen, um die Frage nach Teilhabe über einzelne Gesellschaften auf eine globale Ebene zu heben. Nicht nur die Erweiterung um zukünftige Generationen geht über den Horizont traditioneller Politik entscheidend hinaus, sondern auch die Übersetzung der Maxime „*global denken, lokal handeln*“ in eine konsequente Forderung nach einer Gerechtigkeit, in der die wechselseitigen Beziehungen von Menschen global als eine gerechte Verteilung von Zugängen zu lebenswichtigen Gütern gefordert werden können. Eine globale Zuständigkeit für den Zugang zu Menschenrechten als Frage der Gerechtigkeit zu betrachten, war dabei keine Selbstverständlichkeit und bedeutet gerade deshalb eine konsequente Weiterentwicklung des Begriffs.

Die größte Herausforderung stellte für die Passage des Grundsatzprogramms, die sich mit der Gerechtigkeit befasst, die Einbindung „der Natur“ dar, die im ersten Absatz der Präambel des Grundsatzprogramms relativ unverbunden neben dem Anspruch steht, *die Menschen* ins Zentrum der Betrachtung zu stellen. Ein anthropozentrischer Politikansatz stieß hier auf den Widerstand derer, die ein instrumentelles Verhältnis Mensch-Natur kritisierten. Was auch bis dato noch nicht gelungen ist, ist eine Einbindung dessen, was unvermittelt als „Natur“ bezeichnet wurde, und dies ferner in eine Bestimmung von ökologischer Gerechtigkeit zu übersetzen. Es ist nicht ausgemacht, ob diese „Natur“ in die Idee der Gerechtigkeit eingemeindet werden kann. Die öko-soziale Frage bleibt somit eine Baustelle grüner Sozialprogrammatik, zu der eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung 2015 weitere Denkanstöße gegeben hat.

IV. Die Agenda 2010 und die Frage nach Teilhabegerechtigkeit

Ein Anwendungsfeld für die neu gewonnene Perspektive grüner Politik ergab sich mit der Bewertung der eigenen Regierungsarbeit in der zweiten Legislaturperiode fast von selbst. Die „Agenda 2010“ bot hinreichend Diskussionsbedarf, neben dem der Kampf um mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit oder gegen die für den globalen Süden schädliche Subventionspolitik kaum im Fokus stand. In der Klimaschutzpolitik gab es mit der Energiewende Erfolge zu verzeichnen, die auch als Beitrag zur Generationengerechtigkeit diskutiert wurden, ebenso wie eine Rentenreform, die die demografische Entwicklung ernst nahm oder das erneuerte Staatsbürgerschaftsrecht, das Zugänge zum deutschen Pass erleichterte.

Zu solch einem dezidiert reformerischen Selbstverständnis konnte die Schrödersche „Politik der ruhigen Hand“ nicht recht passen. Mit Blick auf noch immer zahlreiche ungerechte Strukturen, z.B. zwischen denen, die Arbeit hatten und denen die am Arbeitsmarkt draußen standen, waren es nicht zuletzt die Grünen, die auf weitere Reformen drängten. Das erhöhte allerdings das Potenzial zur Kontroverse. Mit den Hartz-Reformen begann ab 2003 das Argument der Teilhabegerechtigkeit eine wichtige Rolle zu spielen. Auch wenn die Grünen politisch nicht im gleichen Maß einer Kritik ausgesetzt waren, wie die Sozialdemokratie, lösten Einschnitte, etwa durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Abstiegsängste in der wählenden Mittelschicht aus, die auch die Grünen unter einen hohen Rechtfertigungsdruck setzten. Daneben drohte sich der Eindruck einer sozialen Schieflage zu verfestigen, sofern die Einschnitte vor allem die „sozial Schlechtergestellten“ trafen. Außerdem ließ sich ein größerer, erzählerischer Bogen mit der Agenda 2010 kaum spannen; eine Erzählung dieser Reformpolitik fehlte der Bundesregierung schlicht. Vermutlich hätte es dazu auch weiterer Maßnahmen bedurft, um eine soziale Ausgewogenheit darstellen zu können.

Dabei ließ sich bei aller Kritik an den Gerechtigkeitsdefiziten dieser Reformpolitik, die sozial Ausgegrenzte über Strukturreformen zurück in den Arbeitsmarkt holen sollte, leicht übersehen, dass die Reformen selbst als Maßnahme für gerechte Teilhabe begründet wurden. Das Problem lag darin, den Eindruck nicht entkräften zu können, dass eine „Mittelschicht“ einer gesellschaftlichen „Unterschicht“ ein Programm der Aktivierung von Oben herab verordnete. Hier lagen auch die Fallstricke der seinerzeit im politischen Diskurs der Bundesrepublik präsenten „Chancengerechtigkeit“ und „Eigenverantwortung“, kraft derer sich einige, angelehnt an einen neoliberalen Zeitgeist der Marktwirtschaft, des Problems der sozialen Ungleichheit entledigten.

Davon war allerdings der ernst zu nehmende Anspruch der Teilhabegerechtigkeit zu trennen. Dieser Gedanke der Teilhabe legte das Augenmerk stärker als zuvor auf das faktische Drinnen- oder Draußensein, auf die Ungleichheit von Zugängen zu öffentlichen Gütern wie der Arbeit. Dieser Grundgedanke ist trotz mancher Kurskorrekturen in der Oppositionszeit nach Rot-Grün für die Partei stets eine Konstante geblieben. Auch das Wahlprogramm von 2005 rechtfertigte die eingeschlagene

Richtung im Sinne einer gerechten Teilhabe offensiv als Kampf gegen „soziale Ausgrenzung“, und sprach vom „Zurückkommen“ ins Arbeitsleben. Dabei wurde ausdrücklich der Anspruch formuliert, „den Gerechtigkeitshorizont zu erweitern und für die Ausgeschlossenen und Verunsicherten Partei zu ergreifen.“^{xvii}

Das Problem an der grünen Erzählung in dieser Zeit war nicht so sehr die Begründung von Maßnahmen über Argumente der Teilhabegerechtigkeit, sondern die Begründungen, die sich auf gewisse Sachzwänge beriefen. Die Rhetorik der „notwendigen Reformen“ trug nicht zur Überzeugungskraft des Teilhabearguments bei. Vielmehr beschädigte sie ein Stück weit das Bild einer Gesellschaft, die in verschiedene Richtungen verändert werden kann.

Eine erste Reaktion auf die Kritik an den Reformen findet sich allerdings schon im Wahlprogramm von 2005. Die Rede von Ober-, Mittel- und Unterschichten wird grundsätzlich infrage gestellt, insoweit sie eine Arroganz gegenüber denen demonstriert, die in einer Gesellschaft besonders benachteiligt sind. Das markiert einen erzählerischen Wendepunkt, weil anstelle von „Oben und Unten“, ganz anders gefragt wurde: „Wer ist drinnen und wer draußen? Und wie holen wir die Ausgeschlossenen wieder herein?“^{xviii} Aus dieser Perspektive erschließt sich das Potenzial des erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs in zwei Hinsichten: Erstens kommt präziser in den Blick, *welche Ausschlüsse* zu beanstanden sind und zweitens, *welche gesellschaftlichen Gruppen* besonders von bestimmten Ausschlüssen betroffen waren: „Es geht um Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, arbeitslose Akademiker und Akademikerinnen, Jugendliche ohne Schul- oder Berufsabschluss, Ältere ohne Aufgabe und viele Migranten und Migrantinnen.“^{xix} Im Grunde bot diese Benennung bereits die Einsicht, in intersektionale Benachteiligungen in einer Gesellschaft, in der z.B. die Kombination von Migrationshintergrund und ohne Schulabschluss die sozialen Ausschlüsse potenzieren kann.

Benannt wird hier in größerer Klarheit als zuvor *dasjenige, worauf* sich eine grüne Politik zu konzentrieren hätte, die zukünftig soziale Teilhabe gewährleisten will: „Deshalb streiten wir für öffentliche Institutionen, die diese Teilhabe ermöglichen – für bessere Kindertagesstätten, für bessere Schulen, für bessere Arbeit, für ein besseres Gesundheitssystem und bessere Löhne für Geringverdienende sowie gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Deshalb verbinden wir Verteilungsgerechtigkeit mit Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und globaler Gerechtigkeit. Und deshalb verbinden wir ökologische Politik mit der Gerechtigkeitsfrage.“^{xx}

Mit den sozialen Ausschlüssen hatte sich bereits die Beschreibung einer ungerechten Gesellschaft verändert und mit ihr auch die grüne Idee von Gerechtigkeit. Was an gesellschaftlicher Umverteilung für sinnvoll erachtet wurde, kam dann aus einer deutlich veränderten Perspektive in den Blick. Das grüne Programm reagierte schon 2005 auf eine veränderte gesellschaftliche Lage: „Wenn sich die neue soziale Frage auf Grund von sozialer Ausgrenzung und Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe stellt, dann kann dies nicht spurlos an unserer Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit vorbeigehen.“^{xxi} Es wäre jedoch ein großer Irrtum, die Frage der Verteilung damit für abgetan zu halten. Im Gegenteil: Thematisiert wurde die Ungerechtigkeit einer Verteilung, durch die soziale Ausschlüsse entstehen, weil die öffentlichen Dienstleistungen, Infrastrukturen und Institutionen unterfinanziert sind.

Bleibe die Erzählung jedoch bei der Frage der Finanzierung stehen, wären doch gewisse Potenziale verschenkt. Stets mit einer Diagnose der materiellen Ungleichverteilung zu beginnen, konnte und kann zu einer Debattenlage führen, in der Überlegungen zu öffentlicher Infrastruktur und Institutionen gar nicht mehr zum Zug kommen. Beginnt eine Erzählung jedoch mit dem Sinn von Infrastruktur einer gerechten Gesellschaft, fällt die Begründung von Verteilungsgerechtigkeit anders aus. Nicht mehr

individuelle Transfers zwischen privaten Haushalten stehen im Vordergrund, sondern institutionelle Transfers, durch die Anrechte zur Teilhabe verteilt und in Anspruch genommen werden können. Die Entwicklung von Kampagnen und Programmatik in der Oppositionszeit spiegelte diese Einsicht jedoch nur zum Teil wieder. Eine veränderte ökonomische Entwicklung der globalen Finanzkrise seit 2009 stellte die Parteien ferner vor neue Herausforderungen.

V. Weltwirtschaftskrise und Oppositionsjahre

Was im Programm von 2005, sicher auch unter dem Eindruck der angespannten Haushaltslage, noch relativ wenig vorkam, ist das Thema öffentliche Investitionen. Das ändert sich mit der Weltwirtschaftskrise ab 2007. Im Programm von 2009 stehen die ungerechten Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen genauso auf der Agenda, wie der Mangel an Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, als deren Folgen die Mängel ebenfalls zukünftigen Generationen aufgebürdet werden. Es gibt daher einen spürbaren Unterschied im Duktus des 2009er Wahlprogramms. Der *Green New Deal* griff mit durchaus beachtlichem Erfolg die Weltwirtschaftskrise der späten 00er Jahre auf und entwickelte ein grünes Innovationsprogramm. Diese keynesianisch inspirierte Begründung einer Investitionspolitik lehnte sich erzählerisch an das Programm der Roosevelt-Administration zur Modernisierung der amerikanischen Infrastruktur an, mit dem Ziel einer Steigerung der Nachfrage und eine Belebung des Arbeitsmarktes. Der *Green New Deal* wollte Fragen der Sicherung von Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen mit den sozialen Fragen der Gegenwart verbinden. Es sollte also um öffentliche Investitionen gehen, die sowohl einen Modernisierungsschub auslösen könnten als auch um eine Belebung der Wirtschaft. Gerahmt wurden diese Vorschläge durch einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Wie schon 2005 zeigte sich die programmatische Relevanz des Gerechtigkeitsbegriffs auch hier, insofern Gerechtigkeit dem Zugang zu öffentlichen Gütern wie Arbeit und Bildung verknüpft wurde: „Es liegt an uns, dass wir unsere Gesellschaft gerechter machen und Blockaden wegräumen, die verhindern, dass jede und jeder eine echte Chance auf Teilhabe hat.“^{xxii} Der Erfolg dieses Programms, das auch über grüne Milieus hinaus Anklang fand, lag sicherlich darin, dass der diskursive Rahmen der Weltwirtschaftskrise sehr ernst genommen wurde und die Formulierung grüner Programmatik somit auf die politische Großwetterlage reagierte.

Eine wichtige Leistung der Oppositionszeit war es zudem, wieder mehr Distanz zu einer Sprache der Agenda 2010 zu gewinnen, durch die sich der reformorientierte Gerechtigkeitsanspruch ein Stück weit diskreditiert hatte. Zugleich entspannte sich das grüne Verhältnis zum Staat. Die marktliberale Erzählung hatte sich spätestens mit der globalen Finanzkrise diskreditiert. Mit ihr verschwanden auch die Spuren einer Rhetorik der „notwendigen Reformen“. Dadurch war wieder mehr Raum für die Frage, wie sich die sozialen Bedingungen für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern lassen. Trotzdem steht zu vermuten, dass die Kompetenz, die den Grünen in der Sozialpolitik allgemein zugesprochen wird, nicht allzu hoch ausfällt. Wie groß aber auch immer der Anteil dieses Politikfeldes am Erfolg oder Misserfolg der Grünen eingeschätzt wird, bleibt doch der Eindruck bestehen, dass es der Wahlkampagne von 2013 nicht gelang, die maßvollen Vorschläge zur Finanzierung von Mehrausgaben zu erklären. Die vielen Zahlen und Stellschrauben des grünen Wahlkampfes 2013 sind hier ein gutes Beispiel: Rückblickend lässt sich vermuten, dass Zahlen eher zum Durchrechnen der Wahlentscheidung animierten als zu etwas anderem. Selbst dort, wo die Betroffenheit mittlerer Einkommen von zusätzlichen Steuern und Abgaben rein fiktiv war, setzte eine Art Gefühl der Betroffenheit ein, die medial verstärkt, weit über jede zu errechnende Grundlage hinausging. Solche Dynamiken medialer Verstärkung und negativer Kampagnen sind hier sicherlich entscheidende Faktoren.^{xxiii} Aber sie sind keine Entlastung von der Frage, wie eine grüne Erzählung der Gerechtigkeit

ein originelles sozialpolitisches Profil öffentlich besser sicht- und hörbar machen kann. Es bleibt zu klären, warum das Motiv der öffentlichen Investitionen anscheinend nicht verfangt.

Einen wichtigen Anstoß wie eine solche Profilierung aussehen könnte, liefern hier die *Berichte des Zukunftsforums*, das 2011 und 2012 unter Leitung von Peter Siller und Cem Özdemir, in einer breiten flügelübergreifenden Zusammensetzung Vorschläge entwickelte. In den Berichten wurden mit Orten, Netzen und Systemen drei Bereiche genannt, auf denen eine Politik zur Stärkung öffentlicher Institutionen und öffentlicher Infrastruktur ansetzen könnte. Es wäre auszututieren, was das für die Mehrebenenpolitik der Grünen heißen könnte, d.h. wie sich diese Politik auf den Ebenen der Kommunen, Länder und des Bundes übersetzt. Eine solche Differenzierung von Ebenen dürfte auch in eine Erzählung eingehen, in der grüne Politik offensiv für die Stärkung der Kommunen kämpft, in denen viele der gerechtigkeitsrelevanten Zugänge zu öffentlichen Gütern überhaupt erst entstehen können.^{xxiv} Dabei geht es um die Gewährleistung dieser Güter, aber nicht unbedingt um staatliche Lösungen, sofern grüne Politik darauf setzen will, zivilgesellschaftliche Selbstorganisation zu stärken, deren enorme Bedeutung etwa in der Flüchtlingskrise von 2015 zum Tragen kam. Diese und weitere Überlegungen führten zur Entwicklung der Kriterien *Partizipation, Inklusion und Qualität*, an denen die geforderten öffentlichen Institutionen und Infrastrukturen sich orientieren sollten.

Das Wahlprogramm von 2013 schien in der Breite des Textes durchaus das Stichwort der Teilhabe in dieser Richtung verstehen zu wollen: „*Teilhabe. Einmischen. Zukunft Schaffen*“ wurde sehr stark mit öffentlichen Gütern verbunden.^{xxv} Was dabei vielleicht nicht genügend zu erkennen war, ist ein scharf konturiertes Programm, das mit einer Stärkung der öffentlichen Güter die entsprechenden Prioritäten in der Sozialpolitik setzte und dadurch eine deutliche Abgrenzung zu anderen linken Parteien suchte. So war paradoxerweise eine eigenständige Idee des Sozialen klarer als je zuvor im Programm gefasst, und dennoch schien dies im Wahlkampf gerade nicht als eine profilierte Alternative anzukommen. Die Grünen hatten Mühe als eine Kraft, die nach rechts wie links nur mäßigend wirkte, eine eigene Idee des Sozialen zur Geltung zu bringen.

Die Ideen des *Zukunftsforums* könnten dafür noch in einem anderen Punkt geeignet sein, die Konturen grüner Sozialpolitik zu schärfen. Diese Berichte waren nämlich insofern ein Meilenstein der grünen Gerechtigkeitsidee als eine klare Priorisierung der öffentlichen Ausgaben vorgeschlagen wurde: „Für jeden neuen Euro, den wir in Individualtransfer geben, geben wir zwei in die Erneuerung der öffentlichen Institutionen. So machen wir unser Anliegen finanzpolitisch glaubhaft und auch symbolisch deutlich.“^{xxvi}

VI. Zur Verortung grüner Sozialpolitik

Dieser Vorschlag zur Profilbildung lässt sich in strategischer Hinsicht durchspielen. Eine sozialpolitische Strategie sollte ein gewisses Feld erfolgsversprechender Konzepte und Maßnahmen eingrenzen. Dafür ist eine grüne Erzählung vom Sozialen zum Ersten milieuspezifisch in der Gesellschaft zu verorten, und zum Zweiten im Wettbewerb zwischen den Parteien.

Spätestens 2005 mit der WASG und der späteren Linkspartei entstand eine dauerhafte Konkurrenz auf der politischen Linken, zusätzlich zur SPD. Die Grünen fanden sich phasenweise in einer Art Bieterwettbewerb um den höchsten Mindestlohn, den höchsten ALG-Regelsatz oder die größten Einnahmeverprechen durch neue Steuern wieder. Dabei konnte allerdings eine Politik schlecht mitbieten, die sich ebenso der Generationengerechtigkeit in der Haushaltspolitik verpflichtet sah. Grüne, die sich auf ein Wettbieten mit der Linkspartei einlassen, machen ein Politikangebot, das am Ende weder generationengerechte Finanzpolitik bedeutet noch den Zuschlag von denjenigen Wählerinnen und Wähler erhält, die das vermeintlich „sozialste“ Angebot suchen. Auch vom *Frame* „soziale Gerechtigkeit“ als der traditionellen Erzählung der Sozialdemokratie in Deutschland wäre eher

abzuraten. Diese Erzählung, die zwischen einer Schutzmacht für die Armen der Gesellschaft und einem Klientelismus für die „arbeitende Mitte“ schwankt, passt nicht zu einem erweiterten Verständnis von Gerechtigkeit.

Eine Spannung gibt es jedoch auch in der grünen Idee von Gerechtigkeit selbst. Es ist einerseits von großer Wichtigkeit für die „sozial Schlechtestgestellten“ Partei zu ergreifen. Allein, das bedeutet andererseits nicht, dass die Mehrheiten für eine solche Politik sich aus denjenigen zusammensetzen, für die Partei ergriffen wird. Der grüne Anspruch sollte es deshalb sein, eine Politik gegen soziale Ausgrenzungen so zu formulieren, dass auch die Ängste und Sorgen derer Ernst genommen werden, die sich selbst als „Drinnen“ begreifen und die den Hauptteil der Steuern und Beiträge zahlen, für eine Infrastruktur und für Sozialsysteme, die gegenwärtig nicht ausreichen, um die soziale Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten.

Wenn allerdings die Geschichte stets mit der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen in den privaten Haushalten und Unternehmen beginnt, entspinnt sich im Anschluss eher eine Narration zukünftiger Belastungen sowie eine Diskussion zu der Frage, wen diese treffen. Eine solche Debatte um Verteilung muss aus grüner Sicht zwar ohne Zweifel geführt werden. Allein, der Ausgangspunkt der privaten Haushalte kann, wie bereits angedeutet, schnell in eine Debattenlage führen, die dem eigenen Anliegen in der Frage der Gerechtigkeit nicht entgegenkommt.

Die Grünen sind darauf angewiesen, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler dafür zu gewinnen, dass grüne Gerechtigkeit eine Form der *Politik für alle* darstellt. Wichtig wäre es dafür, nicht vorne mit einem Rechenexempel der Vermögensverteilung und der Belastung anzufangen, sondern an einer anderen Stelle. Die Partei steht nämlich nicht nur vor der Aufgabe, Klarheit über eine gerechte Verteilung der Beiträge zu schaffen, sondern mindestens genauso intensiv an einer Erzählung zu arbeiten, die verständlich macht, wohin zusätzliche öffentliche Gelder fließen sollen und welche spürbaren Effekte zu erwarten sind, die auch Steuern und Abgaben zahlenden Schichten vor Augen stehen.

VII. Milieu- und schichtenübergreifende Politik

Ob grüne Politik auf solche Befindlichkeiten Rücksicht nehmen kann, und zwar nicht nur aus taktischen, sondern aus strategischen Gründen, lässt sich nur bejahen, wenn dies aus grüner Sicht zu einer gerechteren Gesellschaft beiträgt. Der Ausgangspunkt für eine solche Argumentation wäre die Annahme einer wertorientierten Gestaltung der gemeinsamen Lebensverhältnisse. Dazu würde eine Konzentration auf individuelle Einkommen und Vermögen nicht passen. Denn individuelle Transfers verhalten sich weitgehend neutral zu der Frage, wie Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben wollen. In einer Lage, in der es zudem wenig wahrscheinlich sein dürfte, dass die individuellen Transfers irgendwann so hoch ausfallen, dass ökonomische Ungleichheiten zwischen den Haushalten ausgeglichen werden, scheinen solche Ansätze an dieser Stelle fehl zu gehen, es sei denn, Politik würde sich hier auf Schadensbegrenzung beschränken.

Warum sollten die Grünen nicht vorschlagen, in der Gesellschaft bestimmte Tätigkeiten und Institutionen zu fördern, für deren inklusive Wirkung sich mit guten Gründen argumentieren lässt? Das wäre eine Vision, die gute Aussichten hätte, die grünen Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Gerechtigkeit bemisst sich dann unverändert daran, was sich zugunsten der „sozial Schlechtestgestellten“ auswirkt. So steht es auch im grünen Grundsatzprogramm. Doch die Frage ist schließlich trotzdem: Welchen Beitrag können Grüne dazu leisten und in welchem Verhältnis stehen grüne Wählerinnen und Wähler zu diesem Gerechtigkeitsanspruch? Die sozio-ökonomisch fundierte Antwort müsste wohl lauten: sie üben mehrheitlich Solidarität durch Beiträge und Steuern.

Wenn diese Beiträge allerdings primär zur Umverteilung zwischen privaten Haushalten aufgebracht werden müssen, wird es schwieriger ihre Effekte allgemein sichtbar zu machen. Im Anschluss daran ließe sich die These aufstellen, dass die Bindekraft von gemeinsamen Institutionen und öffentlichen Gütern weitaus größer ist als die von individuellen Transferleistungen. Daraus ein klares sozialpolitisches Profil abzuleiten, könnte heißen, Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, welche soziale Bindekraft zusätzliche Ausgaben im sozialen Bereich jeweils haben. Dazu kann die Formel, dass für jeden zusätzlichen Euro in Individualtransfers zwei Euro in öffentliche Investitionen fließen müssen eine Leitlinie sein, die sich am erweiterten Gerechtigkeitsbegriff orientiert.

Möglicherweise muss dann in Zukunft sehr viel mehr über die Figur des öffentlichen Raums nachgedacht werden. *Gemeinsame* Räume lassen sich nämlich politisch gestalten und bieten gerade den Platz für die *individuelle* Verwirklichung von Lebenschancen. Wenn sozialer Ausgleich und Transfers institutionell organisiert werden sollen, bedeutet dies in einer neuen Radikalität auf eine *Politik für alle* zu setzen. Diese Institutionen arbeiten nämlich milieu- und schichtenübergreifend. Dahinter steht die Überzeugung, dass zahlreiche Aspekte eines selbstbestimmten Lebens nur über geteilte, öffentliche Güter zu haben sind, die allen offen stehen müssen. Die Bereitstellung dieser Güter können auch individuelle Transfers nicht kompensieren. Der Anspruch der Gerechtigkeit muss deshalb in gerechte Institutionen übersetzt werden, die allen Beteiligten eine Bereitschaft zur Inklusion abverlangen. Damit tun sich eingessene Milieus schwer. Die Verteidigung einer Identitätspolitik hat zwar sicher ihre Berechtigung, aber sie darf nicht dazu führen, über die finanziellen Transfers zwischen Schichten und Milieus eine soziale Spaltung überwinden zu wollen, die sich als ein Problem von „Dinnen“ und „Draußen“ darstellt. Auf diese Politik zu setzen, wäre im Vergleich zur Umverteilung zwischen Haushalten also mit Nichten der Weg des geringsten Widerstands – weil er Zumutungen für alle bedeuten würde –, aber er wäre auch die Chance auf eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums.

Es kann dann nur um Orte der Begegnung gehen, in den Schulen, auf den Plätzen und in den Organisationen, die eine solche Politik in Gang bringen. Staatliches Handeln kann hier nicht einen „großen“ Einschluss aller im öffentlichen Raum anstreben, sondern nur als kleinteilige Sozialpolitik funktionieren. Hier sind Ideen gefragt, die nicht einen großen Container-Raum denken (möglicherweise unausgesprochen der Staat), der eine Inklusion leisten kann. Es wären Freiräume für zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen zu eröffnen.

Das sollte auch ein Angebot an politische Bewegungen sein, die sich von institutioneller Politik enttäuscht abgewendet haben, mit dem Ziel, diese Bewegungen zumindest teilweise in ein Geflecht von inklusiven Institutionen einzubinden. Gerade für die Grünen verbietet sich deshalb eine Gleichsetzung von öffentlich und staatlich. Vielleicht ginge es an dieser Stelle darum, die eigene Geschichte als „Rahmenpartei“ noch einmal neu zu interpretieren. Schließlich können lebendige öffentliche Räume nicht einfach gebaut werden, genauso wenig, wie sich Solidarität verordnen lässt; sie muss von den Bürgerinnen und Bürger gelebt werden. Die Grünen könnten so an die libertäre Tradition der Selbstorganisation von sozialen Netzen wieder stärker anknüpfen. Das mag auch ein Argument gegen Rückzugstendenzen von institutioneller Politik sein. Die Aufgabe wäre es dann, eine Rahmenpolitik zur Belebung des öffentlichen Raumes zu entwickeln. Strategisch sollte dem die große Beteiligung grüner Politik an Landes- und Kommunalpolitik entgegenkommen, sofern die Grünen staatliche Verantwortung auf mehreren Ebenen tragen. Eine soziale Mehrebenenpolitik bleibt hier aber sicherlich eine erzählerische Herausforderung.

VIII. Auf den Begriff gebracht: Inklusion

Der in der Politik für Menschen mit Behinderung durchaus paradigmatische Abbau von Barrieren lässt sich konzeptionell über den Bereich der Behindertenpolitik ausweiten. Das gebräuchliche Wort dafür heißt Inklusion. Im angelsächsischen Sprachgebrauch ist *inclusion* schon seit einiger Zeit in einer erweiterten Bedeutung gebräuchlich, die für eine sozialpolitische Strategie von Interesse sein könnte. Wenn es den Grünen gelungen ist, Nachhaltigkeit aus einer ökologischen Konzeption in andere politische Felder zu übertragen, kann dies möglicherweise ein Vorbild sein, um auch Sozialpolitik von der Beseitigung von Barrieren und der Eröffnung von Zugängen neu auszubuchstabieren.

Gerade die Grünen könnten den gesellschaftlichen Blick für die bestehenden Exklusionen schärfen, die nicht allein auf einer materiellen Ebene angesiedelt sind. Es handelt sich um Faktoren, wie den fehlenden Kita-Platz, der eine alleinerziehende Mutter vom Arbeitsmarkt fern hält, was genauso ausschließt, wie ein fehlender Fahrstuhl den Zutritt zum Bahngleis hindern kann, oder wie eine nicht vorhandene Staatsbürgerschaft an der Ausübung eines Wahlrechts hindert. Inklusion geht von einer Vielfalt der Zugänge aus, die nicht durch entsprechende Barrieren verstellt werden dürfen. Die skandalös ungerechten Ausschlüsse verfestigen sich also zumindest nicht immer und schon gar nicht allein in materieller Armut, sondern genauso häufig in einer Exklusivität von Orten und gesellschaftlichen Systemen. Das geht vom mangelnden ÖPNV-Anschluss „Draußen“ in der Plattenbausiedlung bis zur Schließung der Stadtbibliothek.

Mit Inklusion ließe sich der erweiterte Gerechtigkeitsbegriff sozialpolitisch auf den Punkt bringen. Das liefe auf eine Politik hinaus, die für alle Chancen der Teilhabe in qualitativ hochwertigen und partizipativ gestalteten Institutionen ermöglicht. Um eine solche Politik zu unterfüttern kommt es auf Themenfelder an, in denen Gerechtigkeit eine Art Querschnittsthema bildet: Die gläsernen und die hölzernen Decken spielen eine Rolle in der Gentrifizierung, in der Quotendebatte, der Gemeinschaftsschule, der Einbürgerungspolitik uvm.^{xxvii} Dabei kommen die bürgerrechtlichen Kompetenzen genauso zur Geltung wie die Kompetenz für kulturelle Vielfalt oder des Gender Mainstreamings. Das eingangs beschriebene „Anderssein“ der Grünen könnte einen Erfahrungshorizont bilden, in dem sich eine Sensibilität für Inklusion und Exklusion weiter ausprägen kann. Es gilt hier die Einsicht zu verteidigen, dass ein gesellschaftlicher Ausschluss aus nicht materiellen Gründen ebenso schwer wiegt wie einer aus materiellen Gründen. Wenn die Intuition stimmt, dass soziale Ausschlüsse zu lange übersehen worden sind, liegt darin die Chance die Eindimensionalität von Sozialpolitik durch eine Erzählung der inklusiven Gesellschaft aufzusprengen, damit die Momente der Partizipation und Selbstbestimmung neben den solidarischen Leistungen stets im Blick bleiben.

Die Erzählung eines „Drinnein“ und „Draußen“ bietet zudem den Vorzug, nicht von „oben“ oder „aus der Mitte“, etwas für die „unten“ zu tun, sondern die faktische Trennung durch Stadtteile, Milieus und Institutionen zu thematisieren und zu kritisieren. Die horizontale Metapher passt besser zu einer Politik, die den verschiedenen Gruppen von „sozial Schlechtestgestellten“ auf Augenhöhe begegnen will. Insgesamt geht dabei Inklusion von einer Besonderheit der individuellen Umstände aus, auf die gute Institutionen eher eingehen können als pauschale Beträge. Das bedeutet schlicht das Faktum einer pluralistischen Gesellschaft anzuerkennen, die von unterschiedlichen sozialen Lagen ausgeht, die zudem auch nicht unter ein großes Dach der gemeinsamen Kultur zu „integrieren“ sind.

Die Probe aufs Exempel für Inklusion als eine soziale Erzählung der Grünen könnte unmittelbar bevorstehen. Soweit ein Vorblick auf das Wahljahr 2017 heute Sinn ergibt, zeichnet sich das gesamtgesellschaftliche Thema der „Integration“ ab, zu dem sich alle politischen Parteien verhalten müssen. Inklusion könnte hier den Unterschied machen, wenn nicht eine Integration einer Minderheit

in eine Mehrheitsgesellschaft postuliert wird. Schon das Wahlprogramm von 2013 griff Inklusion in dieser Weise für das Politikfeld der Migration auf: „Wir wollen unsere Integrationspolitik durch eine Politik der Inklusion vervollständigen. Denn die Kinder, Enkel und Urenkel der ersten Einwanderergeneration müssen nicht ‚integriert‘ werden. Sie stehen nicht außerhalb unserer Gesellschaft, sondern gehören von Anfang an dazu.“^{xxviii} Mehr noch, müssen angesichts der verstärkten Einwanderung und Flucht in die Bundesrepublik seit 2015 politische Erzählungen umso klarer mit einer Heterogenität der Gesellschaft beginnen, die nur als eine inklusive Gesellschaft gerecht sein kann. Andernfalls dürfte ebenfalls ein wichtiger Anspruch globaler Gerechtigkeit ins Hintertreffen geraten. Gerechte Chancen für Migration und Zugänge zum Recht auf Asyl zu verteidigen, sind Fragen der Teilhabe an öffentlichen Gütern der Arbeit, Sicherheit usw. So spielt die globale Gerechtigkeit in eine Debatte um gesellschaftliche Inklusion immer schon mit hinein.

An dieser Stelle könnte ein erweiterter Gerechtigkeitsbegriff im Diskurs der Bundesrepublik zum Zuge kommen. Möglicherweise kann über anstehende „Integrationsaufgaben“ eine Erzählung beginnen, die eine Begründung für mehr Einstellungen im öffentlichen Dienst und die Erneuerung von Infrastruktur liefert. Denn an welcher Stelle lässt sich ein markantes grünes Profil im Feld der Sozialpolitik sonst einfügen? An diese Debatte könnte Inklusion jedenfalls als sozialpolitische Strategie anschließen.

Wenn die Grünen ein Politikangebot vorlegen wollen, das politische Unterstützung jenseits eines kleinen Milieus sucht, wird mutmaßlich vieles von der Erzählung abhängen, d.h. zu erklären, mit welchen Schwerpunktsetzungen den anstehenden Aufgaben begegnet werden soll. Dafür dürfte es von herausragender Bedeutung sein, ob eine Erzählung den Bogen von den gesellschaftlichen Ausschlüssen zu einer inklusiveren Gesellschaft durch bessere Infrastruktur und Institutionen schafft und umgekehrt. D.h. Menschen davon zu überzeugen, dass gute Institutionen und öffentliche Infrastruktur die bessere Alternative zum sozialen Auseinanderfallen der Gesellschaft sind.

Eine mögliche Lektion aus der Verbotspartei-Debatte könnte hierfür sein – bei allen Unterschieden in der Bewertung dieser Debatte –, nicht allzu sehr bestimmte moralische Überzeugungen der Wählerinnen und Wähler zu unterstellen, die sich schon mit denen grüner Programmatik decken würden. Erfolgsversprechender erscheint es, widerstreitende Ansprüche der Wählerinnen und Wähler zu berücksichtigen: Was beim *Veggie-Day* die gleichzeitig ausgeprägte Bereitschaft war, den Fleischkonsum zu reduzieren, sich aber zugleich jede Form des Eingriffs in das eigene Menü zu verbitten, könnte hier eine Doppelüberzeugung der Mittelschicht sein, die *einerseits* ein zu hohes Maß an sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft ausgleichen möchte, *andererseits* aber dem Ansinnen skeptisch gegenüber steht, Steuern und Abgaben zu erhöhen. Die Tatsache, dass offenbar dieselben Leute beide Positionen vertreten können, sollte ein Warnschild sein für die einfache Gleichung, die direkt von der Ungleichheit zur Umverteilung durch individuelle Transfers übergeht. Deutlich sollte bis zu diesem Punkt allerdings auch geworden sein, dass die Grünen längst über eine andere Idee des Sozialen verfügen, die sich über eine Geschichte inklusiver Politik fortschreiben ließe.

-
- ⁱ Die Grünen, Das Bundesprogramm, Saarbrücken 1980, S. 6. (alle Programmtexte sind abzurufen auf: <https://www.boell.de/de/navigation/archiv-4289.html>)
- ⁱⁱ Vgl. Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993, S. 113. Die Grundsicherung von über 1000 DM folgte in etwa der Logik eines Grundeinkommens, wenn auch nicht bedingungslos, sondern war an der Bedürftigkeit orientiert. Vgl. dazu auch Michael Opielka/Margherita Zander (Hg.): Freiheit von Armut. Das grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion. Essen 1988.
- ⁱⁱⁱ Axel Honneth, Identitätsfindung durch einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff. Sozialphilosophische Überlegungen zum Grundsatzprogramm der Grünen. In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 19. Jg., Heft 4/2001, S. 7.
- ^{iv} Die Grünen, *Diesmal die Grünen – Warum?* Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983, Bonn 1983, S. 8.
- ^v Die Grünen, *Farbe bekennen*. Bundestagswahlprogramm 1987, S. 47.
- ^{vi} a.a.O., S. 12.
- ^{vii} Vgl. dazu Franz Walter, Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010, 77-83.
- ^{viii} Bündnis 90/Die Grünen, Wahlplattform 1990, Bonn 1990, S. V.
- ^{ix} Bündnis 90/Die Grünen, : *Nur mit uns*. Programm zur Bundestagswahl 1994, Bonn 1994, S. 12.
- ^x Bündnis 90/Die Grünen, *Grün ist der Wechsel*. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998, S. 100.
- ^{xi} Christoph Egle, Lernen unter Stress: Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen. In: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöfer (Hg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002*, Wiesbaden 2003, S. 93-117, hier S. 107-112.
- ^{xii} *Die Zukunft ist grün*. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002, S. 12-13.
- ^{xiii} a.a.O.
- ^{xiv} Das epochale Werk für diese Entwicklung ist John Rawls, *A Theory of Justice*. Harvard University Press 1971.
- ^{xv} a.a.O., S. 10.
- ^{xvi} a.a.O. S. 11.
- ^{xvii} Bündnis 90/Die Grünen, *Eines für alle*. Das grüne Wahlprogramm 2005, Berlin 2005, S. 9.
- ^{xviii} ebd., S. 9.
- ^{xix} ebd., S. 9.
- ^{xx} Berlin 2009: 18.
- ^{xxi} a.a.O., S. 11
- ^{xxii} Bündnis 90/Die Grünen, *Der grüne neue Gesellschaftsvertrag. Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit*. Bundestagswahlprogramm 2009, S. 12.
- ^{xxiii} Vgl. die Analyse von Ralph Obermayer, *Niederlage in der Mediendemokratie – Das grüne Bundestagswahlergebnis 2013*. (<https://www.boell.de/de/2013/10/28/niederlage-der-mediendemokratie-das-gruene-bundestagswahlergebnis-2013>, abgerufen am 23.02. 2016).
- ^{xxiv} Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Der Wert öffentlicher Güter. Bericht der Kommission "Öffentliche Güter" der Heinrich-Böll-Stiftung*, Berlin 2015.
- ^{xxv} Bündnis 90/Die Grünen, *Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft Schaffen*, Bundestagswahlprogramm 2013, Berlin 2013.
- ^{xxvi} Zweiter Bericht *Zukunftsforum Gesellschaft* (Bündnis 90/Die Grünen), Berlin 2012, S. 8.
- ^{xxvii} Vgl. dazu Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Inklusion. Wege in die Teilhabegesellschaft. Konzeption und redaktionelle Bearbeitung von Peter Siller, Ole Meinefeld, Stefan Schönfelder und David Jugel*, Campus: Frankfurt/New York 2015.
- ^{xxviii} a.a.O, S. 231.